

Danziger Volksstimme



Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig monatlich 90.— Mk., wöchentlich 22.50 Mk. Durch die Post monatlich 90.— Mk., vierteljährlich 270.— Mk. (treibend). In Pommerellen: monatlich 600.— Mk. poln. Währung. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Abgabepreise: Die 3-gedruckte Seite 13.— Mk., von anderthalb 18.— Mk. Kretschmar & Co. Danzigsbergerstr. nach der Zeit, die 3-gedruckte Seite 10.— Mk., von anderthalb 15.— Mk. Bei Abnahme von 1000 Exemplaren bis 9 Uhr. — Postgebühren Danzig 2948. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Nr. 249 Montag, den 23. Oktober 1922 13. Jahrgang

Die Katastrophe der Mark.

Das Br. meter steht auf Sturm. Sonnabend erzielte der Dollar einen Kurs von 4420 Mk., während er vor dem Anlege 4,20 Mk. gell. Die Mark ist also um weniger als ein Tausendstel gesunken. Der Tausendmarkschein, den man heute erhält, gilt heute im Ausland weniger als das silberne Markstück von früher.

Und noch ist in der Bewegung kein Ende zu sehen. Sonnabend abend wurde im Freiverkehr innerhalb der Banken für den Dollar ein Preis von 6000 Mk. und darüber genannt. Diese gewaltige Verteuerung der fremden Devisen vollzieht sich in einer Zeit, wo Deutschland an die Entente so gut wie gar keine Barzahlungen zu leisten hat, wo die Sachleistungen nur zu erst noch einem verschwindenden Bruchteil im Gange sind und wo von dem deutschen Devisenmarkt durch die Notverordnung der Reichsregierung gegen die Devisenspekulation ein erheblicher Teil der berufsmäßigen Treiber vom Markte bereits ausgeschaltet ist.

Durch die Katastrophe der deutschen Mark ist Danzig aufs schwerste mit getroffen, da wir auch die deutsche Währung haben. Die Danziger Bevölkerung ist darum aufs innigste interessiert an den Maßnahmen, die in Deutschland zu einer Festigung der Währung beraten werden. Die Danziger bürgerliche Presse ist nun zwar mit Verbesserungsvorschlägen schnell bei der Hand. Die „Danziger Neuesten Nachrichten“ geben neben der unflüchtigen Reparationspolitik der Entente dem Achtstundentag die Schuld am Tiefstand der deutschen Mark. Eine Besserung könne nur durch Hebung der Produktion, d. h. durch Verlängerung der Arbeitszeit, eintreten. Dabei hat die deutsche Arbeiterschaft schon mehrfach erwiesen, daß sie zu Mehrleistungen im Interesse der deutschen Volkswirtschaft bereit ist. Aber dem Entschluß der Arbeiter, die Produktion im Interesse der Verbilligung der Lebenshaltung zu heben, stehen leider die selbstsüchtigen Bestrebungen der Kapitalmonopolisten entgegen, die die Früchte der Mehrarbeit des Proletariats nur in ihre Taschen fließen lassen wollen. Mit Recht sprach jüngst Dr. Aug. Martin Wagner den Grundsatz aus: „Wenn der Vergarbeiter Ueberflüssigen fährt, dann darf der Ertrag seiner Mehrarbeit nicht in die Tasche der Stinnes-Magnaten fließen, dann muß er der Verbesserung und Verbilligung der Produktion dienen. Und wenn das gesamte Volk Mehrarbeit leistet, dann nur im Interesse der Notleidenden, der Obdachlosen, der Hungernden, der dahinsiechenden Rentenempfänger, nicht aber für Schieber und Wucherer!“

Die bürgerliche Presse hat also wahrlich kein Recht, sich über die „faulen“ Arbeiter zu beklagen und denen die Schuld an unserem Währungsleiden zuzuschreiben. Wo die eigentlichen Verderber der deutschen Mark (abgesehen von der Entente) zu suchen sind, zeigt der „Vorwärts“ in einem Artikel, indem er die Sab. tage der Kapitalisten und die mangelhafte Tätigkeit der Regierung beleuchtet. Das Blatt schreibt:

So wie bisher geht es nicht weiter. Bisher wurde die ganze Last der Reparationen durch die Geldentwertung auf die breiten Massen abgewälzt. Der Großverkehr der Wirtschaft, Handel und Industrie retteten sich in die Auslandswährung. Ein Dollarstand von 100 bedeutet, daß die Preise noch auf das drei- bis vierfache ihres heutigen Standes heraufgehen müssen, und daß ihrer weiteren Steigerung kein Ziel gesetzt ist, solange die Treiber gegen die Mark nicht wirksam unterbunden ist.

Darum bedarf es unbedingt weiterer Maßnahmen zur Stützung der Währung. Die Herausgabe von Goldschahscheinen, die einen Teil der Interessenten vom Devisenmarkt ablenken soll, hat die Regierung beschlossen. Inzwischen aber hat der Kampf der Industrie und des Handels gegen die Devisenverordnung Formen angenommen, die ihresgleichen nur im Kampf der Rechtschulchensken gegen das Wiesbadener Abkommen finden. Der Zweck des Kampfes ist durchsichtig. Dieselben Kreise, die seit zwei Jahren an Maßnahmen zur Besserung der Mark beraten, aber jeden positiven Vorschlag abgelehnt haben, um sich jetzt darüber zu beschweren, man habe auf ihren Rat nicht gehört — diese selben Führer der Industrie und des Handels haben ein begriffliches Interesse daran, die Notverordnung zu unterminieren, um damit auch einer künftigen gesetzlichen Regelung von vornherein die Gistähne auszuheben. Demgegenüber ist festzustellen, daß die Sozialdemokratie unter keinen Um-

ständen eine Milderung der gegen die Devisenspekulation getroffenen Maßnahmen zulassen kann. Eher wird ihre Verschärfung in Betracht zu ziehen sein. Zum mindesten muß die Regierung das Recht der Beschlagnahme solcher Devisen erhalten, die vor Erlass einer gesetzlichen Regelung gehandelt worden sind.

Aber die negativen Maßnahmen, die Unterbindung der spekulativen Treiber am Devisenmarkt haben nur dann einen Sinn, wenn ihnen auch positive Maßnahmen folgen. Eine großzügige Stützungsaktion für die Mark, zu der vorläufig mit Hilfe des Reichsbankgolds erhebliche Devisenbestände bereitgestellt sind, muß eingeleitet werden. Findet sich die Reichsbank dazu nicht bereit, so soll sie sich durch den Vorschlag Barthous in der Reparationskommission dahin belehren lassen, daß ihr die Gefahr droht, einmal unter der Kontrolle der Entente Währungspolitik zu treiben. Dem vorzubeugen, hat das Volk ein Interesse, und es wäre unverständlich, wenn es auf seine letzte Reserve nicht im Falle der größten Not zurückgreifen sollte. Und es ist ebenso notwendig, daß ihnen eine gesunde Finanzpolitik zur Seite tritt. Die Großverdiener zahlen durchweg ihre Steuern nachträglich in entwertetem Geld, während dem Proletariat die Steuern mit dem Lohn oder — bei indirekten Steuern — im Warenpreise sofort abgezogen werden. Das Reich gleitet so immer tiefer in das Finanzelend hinein — und die Notensprelle deckt das Defizit mit der Schwächung der Kaufkraft der breiten Massen. Das ist unerträglich.

Es ist die 12. Stunde. Findet sich jetzt nicht die Regierung zu entscheidenden Taten bereit, läßt sie sich jetzt befangen machen von denen, die ihren Besitz in Dollar angelegt haben und die Papiermark dem Null preisgeben wollen, so verdient sie den Namen einer Volksregierung nicht mehr, und sie wird offen die Unterstützung bei denen suchen müssen, deren volkfeindlichen Interessen sie mit einem Gehenslassen der Dinge Vorstoß leistet.

England gegen Frankreichs Versklavungsplan

Der Pariser Sonderberichterstatter des „Daily Chronicle“ schreibt, daß der neue französische Plan zur Wiederherstellung der deutschen Finanzen in britischen Kreisen in Paris für unmöglich angesehen werde. Es werde gesagt, daß diese Vorschläge, die eine Allierteinmischung in die deutschen Finanzen und die deutschen Regierungsbefugnisse bedeuten, allen bisherigen Vereinbarungen zumiderlaufen und die Übernahme der deutschen Finanzen durch die Allierte. bedeuten würde. Der Pariser Sonderberichterstatter des „Daily Herald“ erwidert unverzüglich den Rücktritt Bradburys von seinem Posten in der Reparationskommission als Folge der Antwort der französischen Regierung auf seinen Vorschlag, Deutschland ein Moratorium zu gewähren. Bradbury sei überzeugt, daß die Ablehnung seiner Vorschläge und die Annahme der französischen Gegenvorschläge so katastrophale Folgen für ganz Europa haben würde, daß er sich verpflichtet fühle, nachdrücklich jede Verantwortung für das, was dadurch bewirkt würde, abzulehnen.

Polnische Faschistenorganisation.

Das polnische sozialistische Organ „Robotnik“ veröffentlicht Enthüllungen über eine Organisation der polnischen Nationaldemokratie, die deutlich auf einen bevorstehenden Bürgerkrieg und Pogrome gegen alle anderen Nationalitäten hinarbeitet. Das Blatt schreibt: Geheime Stoktruppen der Chjena (christliche nationale Einigkeit — polnisch nationale Demokratie). Vorbild dieser Partei ist die russische „Schwarze Hundert“. Die Chjena möchte den italienischen Faschismus Mussolinis nach Polen verpflanzen. Die Chjena hat darum so leidenschaftlich für die Regierung Korantus gekämpft, da sie in ihm die Verkörperung des Faschismus sieht. Da es aber zu einer solchen Regierung nicht kam, so haben die Stoktruppen Korantus zunächst in Oberbesetzung ihre Arbeit getan. Doch diese Arbeit wird jetzt auf ganz Polen ausgedehnt. An der Spitze stehen bedeutende politische Persönlichkeiten aus der Chjenagruppe, die als Werkzeug hauptsächlich entgleiste Männer und Frauen jeder Art, die demoralisiert sind und die sich gut bezahlen lassen, gebrauchen. Patrone dieser Faschisten sind ehemalige Generäle, die wegen ihrer reaktionären Bestimmungen bekannt sind. Der Chjena geht es nicht nur um die Wahlen, es wird etwas vorbereitet, um eine abermalige Wahl Falschheit anzufügen zu machen.

Der „Robotnik“ veröffentlicht dann die Sitzungen der Organisation, aus denen der reaktionäre Zweck und der militärische Charakter deutlich ersichtlich sind.

Die Mordpläne gegen den Reichskanzler.

In der Mordplan-Angelegenheit gegen den Reichskanzler Wirth gehen die Vernehmungen weiter. Der in Hagen Verhaftete, der die ersten Angaben über das Bestehen eines Komplottes gegen den Reichskanzler machte, ist Sonnabend nach Berlin übergeführt worden. Auch der Oberreichsanwalt Oberger, der die Leitung der Untersuchung in die Hand genommen hat, traf Sonnabend in Berlin ein. Bald nach seiner Ankunft vernahm er den Verhafteten. Dabei wiederholte dieser seine in Hagen gemachten Angaben, daß er von anderen Personen zur Ausführung eines Attentats auf den Kanzler angestiftet worden sei. Dies war im allgemeinen das einzige Ergebnis der ersten Vernehmung, die fortgesetzt werden wird. Die Beamten der politischen Polizei sind im Augenblick noch mit der Prüfung der Angaben des Verhafteten beschäftigt, dessen Angaben keineswegs zweifelhaft erscheinen. Ungeklärt ist auch noch der von uns bereits angebotene zweite Fall, dem die Polizei ebenfalls nachgeht.

Der Oberreichsanwalt hat alle zuständigen Stellen, das Reichs- und Staatskommissariat für die öffentliche Ordnung und die politische Abteilung des Volkseisenbahns auf strengste verpflichtet, keinerlei Einzelheiten über die mit aller Energie fortgeführte Untersuchung an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen.

Lord George verteidigt sich.

Lord George erklärte in einer Rede vor der Versammlung der Koalitionsliberalen in Leeds, in der er die Politik seiner Regierung rechtfertigte und daß Land vor den Gefahren einer extrem konservativen Regierung warnte, u. a.: Im Carlton-Klub sei das Banner der Parteikämpfe gehißt worden. Die Kombination, die zum Siege im Kriege verholfen habe und die aus den Schwierigkeiten heraus allmählich, aber sicher zum Frieden führte, sei beendet worden, weil eine Partei daraus nicht genug herauszuschlagen konnte. Das englische Volk müsse entscheiden, ob die Partei oder die Nation an erster Stelle komme. Er trete für das Volk ein. Die Regierung habe im Kriege ihr Bestes getan, um die Einigkeit im Lande unter den Streitkräften zu fördern. Auch im Frieden habe er etwas geleistet. Der Vertrag von Versailles sei heute die Freiheitsschuld geworden für Millionen von Menschen. Die ersten Bestimmungen des Versailler Vertrages hätten den Völkerverbund errichtet. Die Militärdienstpflicht in Mitteleuropa bestehe nicht mehr. Das Miesenheer, wohl das größte der Welt, das den Horizont in Europa wie eine Gewitterwolke verbunkelte, sei verschwunden. Die Demokratien anderer Länder würden nicht fortfahren, die Kosten der großen Rüstungen zu tragen, wenn sie Mitteleuropa von diesem Druck befreit sehen.

England bleibt das einzige Land Europas, das sein Budget vollkommen ausgeglichen hat. Die Zerstörung der Koalition, die den Handel und Kredit Englands wieder hochgebracht habe, sei ein Verbrechen gegen die Nation. Ohne das Rüstungsabkommen Versailles mit den Vereinigten Staaten wäre eine riesige erdrückende Vermehrung der Steuern eingetreten. Bonar Law habe sich in die Lage eines Kellers gebracht, der das Pferd nicht am Zügel, sondern am Schwanz halte. Die reaktionären Weiterer, die im Carlton-Klub dominiert hätten, würden, wenn sie bei den Wahlen eine Stimmeneinheit erzielen — und er sei aufrichtig besorgt wegen des Ergebnisses der Wahlen —, ihr extremes Problem durchführen wollen. Das würde zu einer Stärkung der auf den Umsturz gerichteten Elemente führen und könne so katastrophale Folgen nach sich ziehen.

Internationale Arbeitskonferenz.

Im Geschäftsausschuß der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf beantragte Rouhaux-Franckreich Einführung der deutschen Sprache als gleichberechtigte Amtssprache. Nach einer längeren Debatte, in der sämtliche deutschen Delegierten und die südafrikanischen, schwedischen und englischen Arbeitervertreter für die Einführung der deutschen Sprache eintraten, wurde sie mit 14 gegen 12 Stimmen abgelehnt.

Der Sprung ins Wasser.

Die Nachfolge vom Untergang des Kreuzers „Main“.

Im ersten Kriegsjahr, am 28. August 1914, fand in der Ostsee der erste Zusammenstoß zwischen deutschen und englischen Kriegsschiffen statt. Dabei kam es zu einem schweren Kampf, bei dem die deutschen Kreuzer bis auf „Braunschweig“ und mehrere Torpedobatterien unterliefen, die überlegenen englischen Kräfte aber auch schwere Verluste litten. Der Kommandant des „Main“, Kapitän zur See Paulsen, war kurz nach Öffnung des Gefechtes schon gefallen. An seine Stelle trat der rangälteste Offizier: der Kapitänleutnant Tholens. Vor Beginn des Gefechtes hatte Herr Tholens schon eine kräftige Ansprache an die Besatzung gehalten und aufgefordert, daß alles auf dem Posten zu bleiben und sehr. Wollte die Zukunft zu tun haben. Schwerste Verluste litten die Deutschen, aber nicht seine Pflicht bis zum Tode erfüllen würde. Diese Drohung wirkte auf die Mannschaft einwirkend.

Unter schwermem Feuer der Engländer liegend, wurde die „Main“ hart mitgenommen. Schließlich waren noch zwei Geschütze kampffähig. Die Mannschaft und einige Offiziere hielten noch an den Geschützen aus. Zahlreiche Verwundete und Tote bedeckten das Schiff. Der Kommandant Tholens, der kurz vorher noch begeistert mit letzten Offiziersbefehlen aufgetreten hatte, nahm sich eine Schwimmerbrille, ging an einem der noch kampffähigen Geschütze vorbei nach hinten und trat als einer der ersten über Bord, um sich nachher von den Engländern auszuweisen zu lassen. Der Kommandant, der allem Verstandesbrauch zufolge nur als letzter das Schiff verlassen durfte, war einer der ersten, die, vor feindlichem Feuer stehend, ihr Leben in Gefahr brachten. Ein englischer Zerstörer legte später an der sinkenden „Main“ an und nahm alle Überlebenden, 220 an der Zahl, auf. Korvettenkapitän Tholens, der nur an dieser einen Kampfschiffung teilgenommen hat, wurde Ritter des Eisernen Kreuzes 1. Klasse und für seine Verdienste zum Ammirantenkapitän befördert.

Auf diese Tatsache, die durch zahlreiche Zeugenaussagen nicht widerlegt werden konnte, stützte sich der frühere demokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Struve, als er in einer öffentlichen Versammlung im Hotel „Schloßhof“, kurz nach dem Zusammenbruch, den Redner führte, daß nicht der Döhlhof der Heimat in den Händen der kampfenden Wehrmacht das Unglück verschuldet, sondern manche Offiziere auch ein schlechtes Beispiel gegeben haben.

Doch unsere Jüdische laßt derartige der Wahrheit entsprechende Ausführungen nicht ungehört durchgehen. Dr. Struve wurde wegen Verleumdung des Berufsstandes im allgemeinen und des Kapitänleutnants Tholens im besonderen vor der Reichsstrammer angeklagt. Dr. Struve erklärte bei seiner Vernehmung, er habe in der Versammlung nur gesagt, daß ein junger Offizier im Segefeld bei Helgoland am 28. August 1914 als einer der ersten Offiziere über Bord gesprungen sei, obwohl noch zwei Geschütze kampffähig waren und sich noch Mannschaften und Verwundete an Bord befanden. Er habe weder den Namen des Schiffes noch den Offizier genannt. Nach der Befragung eines Kapitänleutnants, der mit dem amtierenden Offizier jedoch klar, daß es sich um den kleinen Kreuzer „Main“ und dessen ersten Offizier handelte. Der Rechtsanwalt Tholens gab nun ein Bild der Vorgänge an Bord während des Gefechtes. Die Zeugenaussagen gaben von den Vorgängen ein widersprechendes Bild. Der Staatsanwalt ließ die Anklage wegen Verleumdung des Reichstagsabgeordneten in der öffentlichen Meinung fallen. Wegen formeller Verleumdung des einzelnen Offiziers beantragte er eine Geldstrafe von 200 Mk. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 200 Mk. und Freigabe der Kosten des Verfahrens. Dr. Struve wird gegen das Urteil Berufung einlegen.

Wohnungsbaubgabe von 1500 Prozent der Friedensmiete?

Das Reichsarbeitsministerium unterbreitet dem Wohnungsausschuß des Reichstages eine Denkschrift, die eine Erhöhung der Wohnungsbaubgabe um rund 1500 Prozent der Friedensmiete neben der bisherigen Abgabe vorschlägt. Die 1500 Prozent würden zwischen Pächtern und Gemeinden zu teilen sein. Von dieser Abgabe würden nur 20000 Wohnungen gebaut werden können, während der Bedarf für das nächste Jahr mindestens 150000 beträgt. Eine weitere große Preiserhöhung der Pachtstoffe würde natürlich auch diese Berechnung über den Haufen werfen.

Aus russischer Kriegsgefangenschaft.

Kunst Anecdotes von Otto Brandt-Hörm.

Auch in der kaiserlichen Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in Rußland wohnen Trauer und Humor dicht beieinander. Otto Brandt-Hörm, der Mutter der Kriegsgefangenen, sagt, daß bei der Deutschen Verhandlungsmacht für Politik und Geschichte in Berlin erschienen ist, bringt zum Glück wenigstens ein einseitig, ganz wenigen Zeichen ein paar Punkte, die das unglückliche einseitige und traurige Geschehen der russischen Gefangenenmorde erhellen.

Ein langer Zug rollt in die Station, und aus den aufgestellten Türen springen die Kriegsgefangenen unter den Fächer herunter. Bauern und Bäuerinnen gehen rund um die Gefangenen herum, sie küssen und grüßen und kommen näher. Zum erstenmal sehen sie Menschen. Aus der Zeitung hat man ihnen die Beschreibung dieser gefangenen „Germanen“ vorgelesen, auch hat der Weibliche über diese Besten gesprochen. Es ist sehr interessant, sie mit wirklich zu sehen. Immer näher und näher rücken die Bauern an die Gefangenen heran. „Wie wunderbar ähnlich sie uns sind!“ Sie wagen sich wieder ein Stückchen vorwärts. „Könnte das ein Bauer einen solchen Entschluß, vorhin ist er die Wunde eines Gefangenen und hat alle hatten — es ist kein Korn an der Stirn, wie man von den Deutschen behauptet hat. Die aufgestellten unter der Weiblichkeit sehen etwas bekannt aus, für die anderen war es eine angenehme Überraschung.“

Für Gefangene, die früher keine praktische Arbeit verrichtet hatten, war die erste Zeit mit vielen Schwierigkeiten verbunden. Einmal unterhielten sich zwei Bauern über ihre deutschen Gefangenen, die sie für kräftig, fleißig und gut hielten. „Aber dann und hier“, sagte der eine Bauer, „ich habe einen, der erzählt, er sei zwölf Jahre in

der Wohnungsausschuß (Hans) Abgeordneter war (Döhlhof) vor, die Kreise und Gemeinden zu verpflichten, eine bestimmte Zahl von Wohnungen durch Ausbau von Dachgeschossen, durch Teilung großer Wohnungen und durch Heranziehung sonstiger geeigneter Räume zu schaffen.

Abgeordneter Cdenzler (Hörm) wandte sich gegen diese Belastung der Gemeinden und rügte ferner, daß man die Abgabe auf einmal um 1500 Prozent erhöhen wolle.

Abgeordneter Effer (Hörm) erklärte 500 Prozent für annehmbar.

Reichsarbeitsminister Braun erwiderte, einen anderen Weg sei die Erhöhung um 1500 Prozent arge es nicht.

Dr. A. Pöhlert des Reichsarbeitsministeriums und des Reichernährungsministeriums machen Mitteilungen, was bisher gegen die Hausversteigerung geschehen sei. Ihre Ausführungen sind sehr pessimistisch.

Abgeordneter Gutschmidt (Döhlhof) beantragte, daß die Wohnungssatzung möglichst groß sei. Er wolle erst eine Erklärung über den Umfang der Wohnungssatzung abwarten.

Abgeordneter Silberstein (Hörm) bezeichnete den Verlauf der Debatte als erschütternd. Die Sozialdemokratie werde einer großen Erhöhung der Wohnungsbauabgabe nur zustimmen können, wenn sie die Gewähr habe, daß der Baukostenwucher unterbunden werde. Die Ausführungen der Regierungsvorrede zumal des vom Reichernährungsministeriums seien mäßig.

Der Reichsnationale Leopold verlangt sofort Spekulationsfreiheit für die mit öffentlichen Zuschüssen hergestellten Bauten. Die Abstimmung über den Vorstoß der Regierung wurde einstweilen ausgesetzt.

Amerikanische Petroleumkonzession in Sowjetrußland.

Herr Tan, der Präsident der International Petroleum Corporation, der großen amerikanischen Petroleumfirma, ist wie die „Mole Röhre“ berichtet, auf der Rückreise aus Moskau in Paris eingetroffen. Er erklärt einem Vertreter der „Chicago Tribune“: Amerika wird die Ausbeutung des großen Petroleumbezugs Russlands mindestens für fünfzehn Jahre beibehalten als das Ergebnis meines Vertrags mit der Sowjetregierung. Der Vertrag bezieht vor allem auf die kaspischen Petroleumfelder, die noch niemals ausgebaut worden sind, die aber 60 Prozent des gesamten Petroleumgehalts in diesem Bezirk umfassen. Ich hätte den Vertrag nicht geschlossen, wenn er sich auf das frühere Eigentum der Standard Oil, Royal Dutch, Nobel und anderer Firmen bezogen hätte, das inzwischen veräußert ist. Ich hoffe, daß der Varnsdorff-Vertrag auch für diese Gruppen den Weg zu einer Verhandlung mit der Sowjetregierung eröffnen wird.“ Herr Tan ist der Meinung, daß auch die amerikanische Regierung gegen seinen Vertrag mit der Sowjetmacht keine Einwendungen erheben wird, und daß seine Firma binnen fünf Monaten bereits Petroleum in dem Konzessionsgebiet fördern wird.

So geht die Ausbeutung der russischen Naturkräfte ununterbrochen in die Hände des ausländischen Kapitals über.

Zusammenbruch der französischen kommunistischen Partei.

Die Tagung der kommunistischen Partei hat ihre Arbeiten beendet. Vallant-Couturier vermachte einen Antrag auf Errichtung eines Schiedsgerichts in Moskau. Tomassi erklärte im Namen der (anarchosyndikalistischen, Red.) Linken, die Bestrebungen der Partei liegen die Annahme eines Schiedsgerichts nicht zu. Das bedeutet einen Bruch zwischen Zentrum und der Linken und in Wirklichkeit einen Bruch zwischen der französischen kommunistischen Partei und der Moskauer Internationale.

Da außerdem die Rechte tags zuvor ausgeschloffen wurde, bedeutet dieser Kongressausgang den Zerfall der K.P.F. in drei Teile. Dies wird jedoch am politischen Ausfall der Welt nicht viel ändern, da die ganze französische kommunistische Partei, die zuerst im ganzen keine 75 000 Mitglieder zählte, sowieso das reinste Kalberleiheger war.

Der schädliche Marx.

Die sowjetrussischen Moskauer „Iswestia“ beanstanden, daß der Staatsvertrag ein „Marxistenbrot“ herausgegeben

hat, welches eine kommentierte Sammlung von Reden aus den Werken von Marx und Engels darstellt. Das Brot sei ausgesprochen schädlich, da es „Verwirrung in den Köpfen unvorbereiteter Leser anrichten könne.“ Das Brot erwidert als Beispiel, daß die These von Marx, der Staat sei eine Organisation der Besitzenden gegen die Besitzlosen, ohne einleitende Erläuterung abgedruckt worden sei.

Hardings Wünsche für Deutschland.

Präsident Harding (Hörm) dem deutsch-amerikanischen Austausch für die Feler der 1898 erfolgten Gründung von German Town bei Philadelphia durch denselben Nennungen, er wünschte, es wäre ihm möglich, die Einladung zur Feler anzunehmen und sich der Ausbildung für die ersten deutschen Pioniere in Amerika anzuschließen. Er sei angenehm berührt davon, daß Amerika mit dem großen deutschen Heimatlande wieder in Frieden lebe und möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß die demokratische Bewegung Deutschlands die Segnungen dauernden Friedens und Gedeihens bringe, die die ganze Welt jetzt brauche.

Die Orientkonferenz in Lausanne.

Die Vereinbarungen zwischen London, Paris und Rom über Einberufung der Orientkonferenz nach Lausanne sind fast abgeschlossen. Die Frage der Meerengen soll getrennt behandelt und Rußland, Serbien, die Ukraine und Bulgarien sollen zu diesem Teile der Konferenz zwischen Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan, Rumänien, Südspanien, Griechenland und der Türkei mit eingeladen werden.

Die Zurückberufung der amerikanischen Besatzungstruppen. Nach einer Meldung aus Washington hat Kriegssekretär Weeks erklärt, die amerikanischen Besatzungstruppen am Rhein würden wahrscheinlich zu Beginn des Winters zurückgezogen werden.

Stefan Barian, ehemals habsburgischer Außenminister, ist in Wien, 71 Jahre alt, gestorben. Ihm unterstand seinerzeit als Reichsfinanzminister das „Reichsland“ Bosnien-Herzegowina, und als der von seinem Vorgänger am Balkan, dem Reichsland, verbrecherisch entflammte Weltkrieg umschlug und Karls Friedensbettelei bei Clemenceau anging, zeichnete Barian verantwortlich die Außenpolitik und erlebte denn auch jene offiziellen Friedensmanfeste, die nichts mehr nützen.

Europäische Großindustrielle in Rußland. Die russische Telegraphen-Agentur meldet: Donnerstag sind in Moskau Vertreter der deutschen, schwedischen und tschechoslowakischen Schwerindustrie, darunter Direktoren der Firmen Krupp, Rheinmetall, Linde, Siemens und Vertreter der Firma Lokomotivfabrik Hohenzollern, Drenstein u. Koppel, auch Vertreter der Deutschen Bank eingetroffen.

Kampf um den Achtstundentag in Frankreich. Die Eisenbahner Elsaß-Lothringens haben in einer Versammlung eine Entschliebung angenommen, in der sie gegen die Verpachtung des Eisenbahnnetzes und gegen das Dekret über die Abschaffung des Achtstundentages protestieren.

Amerikanische Hilfe für die griechischen Flüchtlinge. Nach der „Chicago Tribune“ haben die Leiter des Auslandsdienstes des amerikanischen Roten Kreuzes, die sich zurzeit in Paris aufhalten, aus Washington die Mitteilung erhalten, daß die Vereinigten Staaten sofort für Unterhalt und Wohnung der 800 000 griechischen Flüchtlinge aus Kleinasien und Thrazien Sorge tragen würde.

Die Hungersnot in Rußland. Wie „Chicago Tribune“ aus New York berichtet wird, müssen diesen Winter 8 Millionen Russen unterstehen. Für 3 Millionen habe die Sowjetregierung die Hilfe des amerikanischen Hilfskomitees erbeten.

Mann im Felde fand. Jetzt müsse er aber schließlich weggehen, denn der Mann komme zurück und werde einen zweiwöchigen Jungen finden. Mit großer Mühe gelang es dem Jägermeister, dem Josef eine andere Arbeitsstelle zu verschaffen. Einige Tage später wird er aber von dem russischen Bauern aufgesucht und eindringlich nach Josef gefragt. Seine Verweise, ihn zu beschuldigen, blieben erfolglos, und um ein Unheil zu verhindern, begleitet er ihn persönlich zu der neuen Arbeitsstelle des Josef. Der brüht sich, muß sich aber schließlich doch zu erkennen geben, worauf der Russe auf ihn zutrifft, ihn umarmt und auf beide Waden lacht: „Wie soll ich dir danken für alles, was du in meiner Notzeit getan hast; die Schweine sind dick, die Kühe sind gesund, vier Kälber sind da, und, weißt du, der Junge ist prachtwoll!“

Eine Million Worte drahtlos täglich. Die neue französische Antennenstation von Saint Nizée bei Paris, die kürzlich eröffnet wurde und den Ruf der „größten Antennenstation“ für sich in Anspruch nimmt, kann fünf bis sechs Nachrichten zu gleicher Zeit weitergeben, und zwar eine durchschnittliche Menge von 100 Worten in der Minute bei jeder Nachricht. Danach ist also Saint Nizée imstande, 36 000 Worte in der Stunde zu senden, und es ist ihr also möglich, eine Million Worte am Tag weiterzugeben. Die Station wird hauptsächlich den drahtlosen Verkehr zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten vermitteln, doch hat sie auch bereits die drahtlose direkte Verbindung mit Argentinien und China aufgenommen.

Der „Wahre Jakob“ unter Auflage. Die würtembergische Aufsicht sollte den „Wahren Jakob“ unter Auflage, weil er so dreist war, in einem Bild der Nr. 939 die letzten Holzerinnen des Gangeschicks, der Republik für die Monarchisten der Tat drastisch darzustellen. Die Postbehörde, der die Nummer seinerzeit vorchriftsmäßig vorgelegt wurde, hat an dem Bild nichts Staatsgefährdendes gefunden. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart erklärte in dem Bild einen Verstoß gegen den bekannten § 180 des Strafgesetzbuches (Aufreizung zum Rassenhaß usw.).

Danziger Nachrichten.

Rüft zur Revolutionsfeier!

Hierher führt sich der Tag, an dem das deutsche Volk sein eigenes Geschick wurde, nachdem die Schuldigen an dem Zusammenbruch, die Hohenzollern und Lubendorff ins Ausland gestochen waren. Trotz dem feiern wir diesen Tag nicht in jubelnder Freude. Die verblendete Politik unserer Feinde und die wirtschaftliche Not im Lande zwingen uns, diesen Tag zu einem Gedächtnis zum weiteren Kampf für Sozialismus, Demokratie und Völkerverständigung zu gestalten. Unser Geist soll prüfen, was wir vollbracht und was wir noch zu tun haben. Unsere Herzen aber sollen erfüllt werden mit neuem Kampfesmut, neuer Regeneration.

Die Sozialdemokratische Partei Danzigs plant für den 9. November eine große künstlerische Feier im Werkstoffhaus. Das Programm weist einige der bedeutendsten Werke der russischen Literatur auf, u. a. Tschadowski's gewaltige Symphonie „1812“, die „Moby-Dick“-Operette und die melodische „Beer-Hunt-Suite“. Zur den Konzerten sind Obermusikmeister Stieberth und seine Kapelle gewonnen. Das reichhaltige Programm steht ferner Vorträge, Rezitationen und Reden vor. Trotz der hohen Ausgaben infolge der künstlerischen Ausgestaltung der Feier ist der Eintrittspreis auf 20 Mk. festgesetzt. Karten sind zu haben bei allen Funktionären, im Parteibureau und in der Geschäftsstelle der „Volksstimme“, Am Spandhaus 8.

Erhöhung der Militärrenten.

Das Hauptversorgungsamt teilt uns mit, daß den Militärrentenempfängern infolge Erhöhung der Steuerzulagen mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. die doppelten Beträge ihrer bisher ausstehenden laufenden Versorgungsgebühren gezahlt werden. Für diese Erhöhung der Bezüge kommen alle Militärrentenempfänger bzw. deren Hinterbliebenen in Frage mit Ausnahme a) der Empfänger, deren Gebühren auf Stammpflichten angewiesen sind; b) der Empfänger von Versorgungsgebühren nach dem Invaliden-Entschädigungsgesetz; c) der Hinterbliebenen der Oberflotten, die nach dem Pensionierungsgesetz versorgt sind; d) die ehemaligen Kavalleristen und deren Witwen, die Ausgleichszulagen zu ihren Versorgungsgebühren beziehen.

Die Zahlung der erhöhten Bezüge erfolgt durch die bisherigen Zahlstellen (Post, Bank) und zwar kommt Ende Oktober d. J. eine Nachzahlung in Höhe des für Oktober ausstehenden Betrags und das Doppelte dieses Betrags für November, außerdem also der dreifache Monatsbetrag der bisherigen Gebühren zur Auszahlung. Für den Monat Dezember d. J. und die folgenden Monate wird laufend das Doppelte der alten Bezüge gezahlt. Die Rentenempfänger haben daher bei der Zahlung Ende Oktober d. J. eine Entlastung über den dreifachen bisherigen Monatsbetrag und bei den späteren Monatsabläufen solche über den doppelten Betrag abzugeben. Der bei der Verdrehung bzw. Verdoppelung sich ergebende Gesamtbetrag ist auf volle Mark noch oben abzurunden. Empfänger, deren Versorgungsgebühren erst mit Zahlungsbeginn 1. 11. 22 ansetzen, erhalten Ende Oktober nur den doppelten Monatsbetrag. Soweit diesen Empfängern schon für Oktober d. J. laufende Gebühren ausstehen, wird der Unterschiedsbetrag Anfang November d. J. durch einmalige Anweisung zahlbar gemacht werden.

In der Generalversammlung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen, die am Freitag bei sehr gutem Wetter in der Aula der Reichshochschule stattfand, wies der Geschäftsführer Moritz in seinem umfassenden Bericht über die Tätigkeit des Bundes darauf hin, daß bereits Vorfälle und Anordnungen getroffen sei, daß wie im Deutschen Reich, so auch in Danzig am 1. November die Militärrenten in dreifacher Höhe und für die Zukunft in doppelter Höhe zur Auszahlung gelangt. Weiter teilte er mit, daß im Hinblick auf den Vorfall der Kreis herantreten, die in den Gebieten der Winterbeihilfe kommen sollen, vom Wahlrechtsamt wesentlich eingeschränkt ist. Nach den Grundsätzen des Wahlrechtsamts kann eine Abgabe von Brennmaterial zum ermäßigten Preise nur an die Feuerungsanstaltenempfänger erfolgen. Zur Bezahlung der Winterbeihilfe wird deshalb der nächste jährliche Feuerungsantrag in doppelter Höhe vorzulegen anzuweisen und soll in vier Monatsraten wieder abgedeckt werden. Die Versammlung hielt diese Maßnahmen für unzureichend und erklärte, daß dieselben erweitert werden müßten. Eine rege Aussprache schloß sich den Ausführungen der Referenten an. In derselben wurde verlangt, daß die Einführung des Reichsversorgungsamts, das die Kriegsbeschädigten endlich etwas schneller betriebe wird, so die Kriegskörper Danzigs bereits zwei Jahre darauf warten.

10 000 Papiermark für ein Zwanzigmarkstück. Der Ankauf von Geld für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 23. bis 29. d. Mts. zum Preise von 10 000 Mark für ein Zwanzigmarkstück. 5000 Mark für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichsbanknoten durch die Reichsbank und Post erfolgt bis auf weiteres zum 250fachen Betrage des Nennwertes.

Die Erstellung der Wandergewerbescheine. Die Steuerverwaltung der Freien Stadt Danzig fordert durch Bekanntmachung im Staatsanzeiger vom 14. d. Mts. diejenigen Personen, die im Jahre 1923 ein der Steuer vom Gewerbebetriebe im Umherziehen unterliegendes Gewerbe zu betreiben beabsichtigen, auf die Anmeldung schon jetzt zu bewirken, da bei späterer Anmeldung nicht darauf gerechnet werden kann, daß die Scheine vor Beginn des neuen Jahres zur Ausbändigung gelangen. Anträge auf Erteilung von Wandergewerbescheinen der Bewohner des Stadtbezirks Danzig werden von den zuständigen Polizeireviere entgegengenommen.

ben beabsichtigen, auf die Anmeldung schon jetzt zu bewirken, da bei späterer Anmeldung nicht darauf gerechnet werden kann, daß die Scheine vor Beginn des neuen Jahres zur Ausbändigung gelangen. Anträge auf Erteilung von Wandergewerbescheinen der Bewohner des Stadtbezirks Danzig werden von den zuständigen Polizeireviere entgegengenommen.

Neue Krise im Baugewerbe.

Am Donnerstag fand im Gewerkschaftshaus unter Leitung des Vorsitzenden des Deutschen Völkerverbundes Herrn W. B. eine Versammlung sämtlicher Völkere und Schachtmeister statt, in der Genosse Prill über die Ablehnung des Abchlusses eines Tarifvertrages für Völkere und Schachtmeister seitens des Arbeitgeberverbandes sprach. Er ging ausführlich auf das Verhalten des Arbeitgeberverbandes ein. Die Unternehmer bitten, wenn sie ihre Ablehnung dadurch begründen, daß der Tarifvertrag nicht gekündigt sei. Er dürfte nicht gekündigt werden, weil er seine Kündigung vor sich und ausdrücklich die Bestimmung in sich trägt: „Dieser Vertrag gilt vom Tage des Abchlusses bis zum 30. September 1923“. Die Vertreter des Arbeitgeberverbandes seien unbeeindruckt, sonst hätten sie ihren Vertrauensleuten auf den Banketten nicht eine solche Antwort geben können. Alles, was sie durch den letzten Streik der Bauarbeiter an der Allgemeinheit verschuldet haben, scheint fast an ihnen vorbeizugehen, sonst würden sie nicht gewaltsam neue Konflikte suchen. Nachdem noch einige Kollegen aus der Versammlung sprachen, wurde nachstehende Entschließung einstimmig angenommen: „Die am 18. Oktober im Gewerkschaftshaus zu Danzig versammelten Völkere und Schachtmeister des Wohngebietes Danzig-Stadt nehmen mit Bedauern Kenntnis von dem Schreiben des Arbeitgeberverbandes, durch das die Verhandlungen über einen neu abzuschließenden Tarifvertrag abgelehnt werden. Sie beauftragen die Organisationsleitungen, den Arbeitgeberverband nochmals aufzufordern, in Verhandlungen über Abbruch eines Tarifvertrages zu treten. Sollte der Arbeitgeberverband dieser Aufforderung nicht nachkommen, so sind alle gemeinschaftlichen Mittel anzuwenden, um die Forderung der Völkere und Schachtmeister zur Durchführung zu bringen. Ueber das Ergebnis dieses Auftrages ist bis spätestens Sonnabend, den 28. Oktober, in einer gemeinsamen Versammlung Bericht zu erstatten.“

Leistungs in der Damenkonfektionsbranche.

Vom Deutschen Bekleidungsarbeiterverband wird und geschrieben: Seit 8 Tagen befinden sich die Arbeiter und Arbeiterinnen der Damenkonfektionsbranche bei den Damenmantelfabriken Tanco, Gopfergasse 74, Baltic, Pöhlberggasse Nr. 72, Gohr u. Co., Lasko 80 b und Nathan Schmalzweg, Freitags 118 im Streik. Diese Firmen sind erst im Laufe dieses Jahres neu gegründet worden, teils arbeiten sie mit ausländischem Kapital. In wiederholten Malen haben wir bei diesen Firmen Lohnforderungen eingereicht, aber nie eine Antwort erhalten. Sie erklären nur allein mit ihren Arbeitern verhandeln zu wollen, um diese bei den Verhandlungen besser über das Ohr haufen zu können. Mitte September wurden die letzten Forderungen eingereicht, bis Mitte Oktober hatten wir von keiner Firma eine Antwort erhalten. Als dann vor dem Schlichtungsausschuss kein Resultat erzielt wurde, traten die Arbeiter am 14. Oktober in Streik. Hieraus verlangten die Arbeitgeber sofortige Verhandlung mit der Bedingung, daß die Arbeiterschaft die Arbeit vorerst zu den alten Lohnsätzen wieder aufnehme. Die Arbeiterinnen erklärten aber mit Stundentöhnen von 15 bis 28 Mark nicht mehr auskommen zu können und den Kampf solange fortsetzen zu wollen, bis ihre gerechten Forderungen bewilligt sind. Eine am 18. Oktober stattgefundene Generalversammlung im Bekleidungs-Gewerbe brachte den Streikenden ihre vollste Sympathie zum Ausdruck und beschloß sie mit allen Mitteln bis zum endgültigen Sieg zu unterstützen.

Wie man sich Betriebskapital beschafft. Der polnische Staatsangehörige Franz Formella kam nach Danzig, um hier, wie er angibt, Leute zur Landarbeit anzuwerben. Zu diesem Zweck gebrauchte er Handgeld für die Leute, das er nicht besaß. Nun ging er nach Langfuhr, um hier Geld zu borgen. Ein Polizeibeamter beobachtete ihn hierbei und gab als Zeuge folgende Schilderung: F. begab sich mit 8 Personen auf den Rummelpfad in Langfuhr. Dem Beamten kam das Verhalten dieser Leute sehr merkwürdig vor, als es bereits Abend war. Als der Beamte näher ging, ließen drei Personen fort, und nur F. konnte gefolgt werden. Ein Stall war erbrochen und fünf Schweine auf dem Platz umherliefen und auf sein Schicksal warteten. Ein Brett zu dem Nachbarstall, in dem Pferde standen, war auch bereits abgerissen. Der Angeklagte stand mit listigen Händen dabei und wurde festgenommen. Er hatte sich nun vor dem gemeinsamen Schöffengericht zu verantworten und erzählte seine Geschichte, nach der er ganz unschuldig war. Die listigen Hände hatte er nur vom Nasenbluten. Das Gericht gewann die Überzeugung, daß der Angeklagte der Haupttäter war und verurteilte ihn wegen Einbruchsdiebstahls zu 1 Jahr Gefängnis.

Schleier mit Blei. Der Händler W. A. in Danzig und dessen Sohn, der Dreher P. A., hatten sich vor der Strafkammer wegen gewerbsmäßiger Schleierei zu verantworten. In einer chemischen Fabrik wurde Blei in größerer Menge gestohlen. Bei den Angeklagten wurde eine Hausdurchsuchung vorgenommen, wobei sich ergab, daß 220 Pfund von diesem Blei hier vorgefunden wurden. Die Angeklagten haben das Blei von unbekannten Personen gekauft. Der Staatsanwalt beantragte gegen jeden der Angeklagten wegen gewerbsmäßiger Schleierei 3 Jahre Zuchthaus. Das Gericht sah jedoch nur einfache Schleierei als vorliegend an und erkannte auf je 6 Monate Gefängnis.

Die Neuregelung der Beamtengehälter.

Der von der Reichsregierung dem Reichstag zugestellte neue Besoldungsentwurf ist in einem vom Haushaltsausschuß eingelegten besonderen Untersuchung jetzt durchberaten. Er hat einige Änderungen erfahren und in folgender Form vom Haushaltsausschuß angenommen:

Monatliche Grundgehälter:

Gruppe 1: 9700 — 10 100 — 10 500 — 10 900 — 11 300 — 11 700 — 12 100 — 12 500 — 12 900 Mark.
Gruppe 2: 10 800 — 11 100 — 11 400 — 11 700 — 12 000 — 12 300 — 12 600 — 12 900 Mark.
Gruppe 3: 11 700 — 12 000 — 12 300 — 12 600 — 12 900 — 13 200 — 13 500 — 13 800 Mark.
Gruppe 4: 12 800 — 13 100 — 13 400 — 13 700 — 14 000 — 14 300 — 14 600 — 14 900 Mark.
Gruppe 5: 14 100 — 14 400 — 14 700 — 15 000 — 15 300 — 15 600 — 15 900 — 16 200 Mark.
Gruppe 6: 15 400 — 15 700 — 16 000 — 16 300 — 16 600 — 16 900 — 17 200 — 17 500 Mark.
Gruppe 7: 16 900 — 17 200 — 17 500 — 17 800 — 18 100 — 18 400 — 18 700 — 19 000 Mark.
Gruppe 8: 18 100 — 18 400 — 18 700 — 19 000 — 19 300 — 19 600 — 19 900 — 20 200 Mark.
Gruppe 9: 19 600 — 19 900 — 20 200 — 20 500 — 20 800 — 21 100 — 21 400 — 21 700 Mark.
Gruppe 10: 21 100 — 21 400 — 21 700 — 22 000 — 22 300 — 22 600 — 22 900 — 23 200 Mark.
Gruppe 11: 22 300 — 22 600 — 22 900 — 23 200 — 23 500 — 23 800 — 24 100 — 24 400 Mark.
Gruppe 12: 23 800 — 24 100 — 24 400 — 24 700 — 25 000 — 25 300 — 25 600 — 25 900 Mark.
Gruppe 13: 25 900 — 26 200 — 26 500 — 26 800 — 27 100 — 27 400 — 27 700 — 28 000 Mark.
Gruppe 14: 28 000 — 28 300 — 28 600 — 28 900 — 29 200 — 29 500 — 29 800 — 30 100 Mark.
Gruppe 15: 30 100 — 30 400 — 30 700 — 31 000 — 31 300 — 31 600 — 31 900 — 32 200 Mark.
Gruppe 16: 32 200 — 32 500 — 32 800 — 33 100 — 33 400 — 33 700 — 34 000 — 34 300 Mark.
Gruppe 17: 34 300 — 34 600 — 34 900 — 35 200 — 35 500 — 35 800 — 36 100 — 36 400 Mark.
Gruppe 18: 36 400 — 36 700 — 37 000 — 37 300 — 37 600 — 37 900 — 38 200 — 38 500 Mark.

Einzelgehälter:

Gruppe 1 62 000 Mk., Gruppe 2 70 000 Mk., Gruppe 3 81 400 Mk., Gruppe 4 85 800 Mk., Gruppe 5 108 500 Mk., Gruppe 6 140 000 Mk., Gruppe 7 155 000 Mk. (monatlich).

Ordnungszulage:

2113 11 600 Mark: A 2400 Mk., B 1900 Mk., C 1700 Mk., D 1100 Mk., E 1200 Mk.
2114 12 900 Mark: A 3000 Mk., B 2400 Mk., C 2100 Mk., D 1500 Mk., E 1600 Mk.
2115 15 400 Mark: A 3600 Mk., B 2900 Mk., C 2600 Mk., D 2200 Mk., E 1800 Mk.
2116 17 500 Mark: A 4200 Mk., B 3400 Mk., C 3000 Mk., D 2400 Mk., E 2100 Mk.
2117 22 600 Mark: A 4800 Mk., B 3800 Mk., C 3400 Mk., D 2900 Mk., E 2400 Mk.
2118 32 800 Mark: A 5400 Mk., B 4600 Mk., C 4000 Mk., D 3400 Mk., E 2700 Mk.
Ueber 32 800 Mark: A 6000 Mk., B 4800 Mk., C 4200 Mk., D 3600 Mk., E 3000 Mk.

Kindergulage:

Bis 6 Jahren 2000 Mark, von 6 bis 14 Jahren 2500 Mark, von 14 bis 21 Jahren 3000 Mark.

Feuerungszulage zum Grundgehalt, Ordnungszulage und Kindergulage:

Vom 1. bis 16. Oktober 3 Proz., vom 17. bis 31. Oktober 11 Prozent. Frauengulage monatlich 1000 Mark.

Dieser Entwurf geht nunmehr an das Plenum, das endgültig darüber entscheiden wird. Doch dürften erhebliche Änderungen kaum noch erfolgen.

Die Freie Turnerschaft Langfuhr

kann am 28. Oktober auf das einjährige Bestehen zurückblicken. Geboren in einer Zeit, wo die bürgerlichen Sportvereine in nationalstolchem Taumel und mit Hilfe einer reaktionären Regierung sich oben auf stellten, hatten es einige Arbeiterturner unternommen, eine „Freie Turnerschaft Langfuhr“ zu gründen. War dieser Gedanke auch schon lange zuvor im Auge gefaßt worden, so gab doch erst der 4. August v. J. den rechten Anlaß dazu, als die bürgerlichen Sportler an diesem Tage die Schergen der Reaktion mit verrückten Haken, indem sie sich unter Führung von Staatsanwälten und anderen monarchistischen Akademikern in die mit Unrecht von der Allgemeinheit bezahlte Einwohnerwehr einließen und sich dadurch um jede Achtung Andersdenkender brachten. Dieses Verhalten führte zur reinlichen Scheidung. Wenn jetzt nach einem Jahre dieser kleinen und tapferen Widerstandskämpfer gedacht wird, so kann gesagt werden, daß die mühevollen Gründungsarbeiten nicht umsonst gewesen sind. Gerade für Langfuhr will diese Gründung viel besagen, wenn man bedenkt, daß der einzige am Ort bestehende bürgerliche Verein (Männerturnverein, Abteilung Langfuhr) schon über 80 Jahre besteht. Und wenn von dieser Seite damals geglaubt wurde, daß ein Emporkommen des neuen Vereins nicht möglich sei, so sind diese Zweifler bald eines anderen belehrt worden, und mit Recht sehen sie jetzt auf den ständigen Zustrom in die „Freie Turnerschaft“. Aus einem kleinen Häuflein ist eine stattliche Mitgliederzahl geworden. Trotz aller Einsparungen und Liebedienerei wird das Emporkommen der „Freien Turnerschaft Langfuhr“ nicht verhindert werden können. Schreiten die Arbeiterturner rüstig auf dem eingeschlagenen Wege weiter, dann wird der Erfolg auch weiterhin nicht ausbleiben.

Zum Geburtstag des einjährigen Bestehens feiert die „Freie Turnerschaft“ am Sonnabend, den 28. Oktober, abends 7 Uhr im großen Saale des Kleinhammerwerks das erste Stiftungsfest. Ein vielseitiges Programm wird allen Teilnehmern Gelegenheit geben, die turnerische Ausbildung bei „alt“ und „jung“ in Augenschein zu nehmen. Neben Vorträgen des Langfuhrer Männerturnvereins von 1841 ist auch für sonstige Unterhaltung reichlich Sorge getragen. Freunden und Gönnern des Vereins kann der Besuch dieser Veranstaltung nur empfohlen werden.

und Paulinen unverkennbar ähnlich.
(Mortifikation folgt.)

Scharfmacher-Berengroße

Der Mord aus Eifersucht.

Fidelio.

Engine Stabilizer

An die Orts- und Bezirksvereine der Sozialdemokratischen Partei der Freien Stadt Danzig!

außerordentlichen Parteitag

Kleine Nachrichten.

Donnerstag den 28. Oktober 1931

Heutiger Deutschentand in Danzig.

(Beigehtelt am 12. 12. 1952 (mittags))

BORG

für
QUALITÄT UND PREIS

Wasserstandsberichte am 23. Oktober 1922			
	20. 10.	21. 10.	
Gewissel	+ 2.32	+	Antebrand + 3.54 + 3.40
	20. 10.	21. 10.	Montauspitz + 3.32 + 3.78
Wassau	+ 2.23	+	Niedel + 3.51 + 3.93
	20. 10.	21. 10.	Wiesau + 2.58 + 4.08
Wick	+ 2.25	+	Wilsing + 2.96 + 3.30
	22. 10.	23. 10.	Schwemding + 2.75 + 5.00
Thorn	+ 3.47	+	Rogal
Yordon	+ 3.40	+ 3.08	Saßmann O. D. + 6.70 + 6.10
Ulm	+ 3.35	+ 3.20	Salgenberg O. D. + 6.1 + 6.0
Waudens	+ 3.40	+ 3.42	Reinhartschau + 5.02 + 4.40

Verantwortlich für Politik: Ernst Roß, Danzig.
für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil: Fritz
Reher, Danzig. Interests: Anton Gorkan, Danzig.
Druck von J. Gehl u. Co., Danzig.

Ämliche Bekanntmachungen.

Verordnung.

Auf Grund der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Verordnungen vom 28. 9. 1918 (Möbl. S. 607) und zur Sicherung der Volksernährung vom 12. 5. 1918 (Möbl. S. 401) wird für das gesamte Gebiet der Freien Stadt Danzig folgendes angeordnet:

1. Die Kaufleute, die noch im Besitz von Markengütern sind, haben diesen auf die bis zum 15. Oktober d. J. abgelaufenen Lieferzeiten nach bis zum 20. Oktober d. J. abzugeben.

2. Die Kaufleute, die Markengüter verkauft haben, haben bis zum 24. Oktober mit der Zuerststellung - Warenverkehrs - über die gesamte verkaufte Menge abzurechnen.

3. Güterhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 100.000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Neben der Strafe können die Gegenstände, auf die sich die Strafbare Handlung bezieht, ohne Rücksicht, ob sie dem Täter gehören oder nicht, eingezogen werden.

4. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Bestimmung in Kraft.

Danzig, den 21. Oktober 1922
Der Senat der Freien Stadt Danzig.
Bismarck. Jankow.

Verordnung der minderbemittelten Bevölkerung mit Speisekartoffeln.

Auf Grund des Gesetzes vom 18. Oktober 1922 soll die minderbemittelte Bevölkerung der Freien Stadt Danzig mit Speisekartoffeln versorgt werden.

Als minderbemittelt gilt nur derjenige Danziger, dessen Monatsverdienst im September 1922 den Betrag von 5000 Mark nicht überschritten hat. Dabei wird das Einkommen sämtlicher in einem Haushalt lebender Familienangehöriger zusammengezählt.

Dem Besitze von Speisekartoffeln sind ausgenommen die landwirtschaftlichen Arbeiter und die Rentner, d. h. Personen, die mehr als 300 Quadratmeter Acker- oder Gartenland mit Kartoffeln bebaut haben.

Nach erhalten minderbemittelte Angehörige und Arbeiter dann keine Speisekartoffeln, wenn ihr Einkommen im September 1922 nur infolge eines oder mehrerer Arbeitslosigkeitsunterstützungen unter 5000 Mark geblieben ist.

Wird das Gesamteinkommen im Haushalt im September 1922 nicht mehr als 2000 Mark, so erfolgt die Abgabe von Speisekartoffeln unentgeltlich.

Bei einem Gesamteinkommen im September 1922 von 2000 bis 3000 Mark beträgt der Preis für den Zentner Kartoffeln 70 Mark.

Bei einem Gesamteinkommen im September 1922 von 3000 bis 4000 Mark beträgt der Preis für den Zentner 100 Mark.

Bei einem Gesamteinkommen im September 1922 von 4000 bis 5000 Mark beträgt der Preis 150 Mark.

Die Empfänger haben die Kartoffeln von der im Besonderen bezeichneten Casematte selbst abzuholen.

Auf jede verpflegungsberechtigte Person ist der Bedarf auf 5 Zentner festgesetzt.

Die Zuteilung von Speisekartoffeln erfolgt auf Antrag, der in nachfolgenden Stellen und zu den angegebenen Zeiten zu stellen ist:

Für Danziger Stadt nach Wahl der Antragsteller: Petri-Schule, Ostplatz oder Wiedenkaferne, Eingang Wallplatz, Bismarck.
Donnerstag, den 26. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe A-H.
Freitag, den 27. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe I-P.
Sonntag, den 28. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe Q-Z.
Montag, den 29. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, für alle Buchstaben.

Für Danziger Stadt nach Wahl der Antragsteller: Petri-Schule, Ostplatz oder Wiedenkaferne, Eingang Wallplatz, Bismarck.
Donnerstag, den 26. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe A-H.
Freitag, den 27. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe I-P.
Sonntag, den 28. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe Q-Z.
Montag, den 29. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, für alle Buchstaben.

Für Rentner, Witwen und Waisen: Knaben-Schule, Ostplatz.
Donnerstag, den 26. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe A-H.
Freitag, den 27. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe I-P.
Sonntag, den 28. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe Q-Z.
Montag, den 29. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, für alle Buchstaben.

Für Rentner und Witwen: In der Nahrungsstellenkassette in Albrechts Hotel.
Donnerstag, den 26. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe A-H.
Freitag, den 27. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe I-P.
Sonntag, den 28. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe Q-Z.
Montag, den 29. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, für alle Buchstaben.

Für Albrechts: In der Schule von St. Albrechts.
Donnerstag, den 26. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr.
Freitag, den 27. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr.
Sonntag, den 28. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr.

Bei Stellung des Antrages sind Steuerbescheide sowie Protokolle der Familienangehörigen vorzulegen.

Wenn die Antragsteller nicht im Besitze von Steuerbescheiden sind, so haben sie ihre Einkünfte nach Einkommensteuer durch Steuerbescheide nachzuweisen. Die im Einkommensteuerverfahren befindlichen Antragsteller haben außer dem Einkommensteuergesetz auch eine Bescheinigung des Arbeitgebers über die Höhe des Einkommens im September 1922 vorzulegen.

Somit im Haushalt mehrere Angehörige in Dienstverhältnissen stehen, ist für jeden von ihnen eine Bescheinigung des Arbeitgebers erforderlich.

Unfall-, Alters-, Witwen- und Waisenrentenempfänger und Kleinrentner, die bei ihren Verwandten oder beim Wohlfahrtsamt Anträge auf Verabfolgung von Winterbeihilfen für 1922/23 gestellt haben, brauchen keine Anträge auf Speisekartoffelversorgung zu stellen.

In besonderen Bedingungsfällen können nach Ablauf der oben angegebenen Tage noch nachträglich Anträge beim Wohlfahrtsamt, Wiedenkaferne, Eingang Wallplatz, gestellt werden.

Danzig, den 21. Oktober 1922.
Städt. Wohlfahrtsamt.

Einmalige Beihilfe für Empfänger von Invaliden-, Unfallrenten pp.

1. Gemäß Gesetz vom 20. 9. 1922 soll eine einmalige Beihilfe an Empfänger von Invaliden-, Unfall-, Alters-, Witwen- und Waisenrenten, sowie Invaliden der ehemaligen Staatsbetriebe, deren Witwen und Waisen und bedürftige Hilflose gezahlt werden.

2. Die Beihilfe wird nur Danziger Staatsangehörigen gewährt.

3. Personen, welche die Beihilfe beantragen, müssen im Einklang mit dem Gesetz vom 20. 9. 1922 eine Bescheinigung ihrer Vermögensverhältnisse oder Einkünfte vorlegen, daß sie mehr als 50 Prozent ihrer Einkünfte für die Beihilfe ausgeben und nicht nach dem Gesetz vom 27. 9. 21, Art. 11, 4. 21, oder dem Danziger Gesetz vom 27. 9. 21, Art. 11, 4. 21, eine Rente haben.

4. Personen, welche die Beihilfe beantragen, müssen im Einklang mit dem Gesetz vom 20. 9. 1922 eine Bescheinigung ihrer Vermögensverhältnisse oder Einkünfte vorlegen, daß sie mehr als 50 Prozent ihrer Einkünfte für die Beihilfe ausgeben und nicht nach dem Gesetz vom 27. 9. 21, Art. 11, 4. 21, oder dem Danziger Gesetz vom 27. 9. 21, Art. 11, 4. 21, eine Rente haben.

5. Die Beihilfe wird nur Danziger Staatsangehörigen gewährt, die im Einklang mit dem Gesetz vom 20. 9. 1922 eine Bescheinigung ihrer Vermögensverhältnisse oder Einkünfte vorlegen, daß sie mehr als 50 Prozent ihrer Einkünfte für die Beihilfe ausgeben und nicht nach dem Gesetz vom 27. 9. 21, Art. 11, 4. 21, oder dem Danziger Gesetz vom 27. 9. 21, Art. 11, 4. 21, eine Rente haben.

6. Die Beihilfe wird nur Danziger Staatsangehörigen gewährt, die im Einklang mit dem Gesetz vom 20. 9. 1922 eine Bescheinigung ihrer Vermögensverhältnisse oder Einkünfte vorlegen, daß sie mehr als 50 Prozent ihrer Einkünfte für die Beihilfe ausgeben und nicht nach dem Gesetz vom 27. 9. 21, Art. 11, 4. 21, oder dem Danziger Gesetz vom 27. 9. 21, Art. 11, 4. 21, eine Rente haben.

7. Ein Antrag braucht nicht zu stellen, wenn die Einkünfte der Einkommensteuerempfänger vom 10. 8. 1922 und vom 18. 8. 1922 bereits im Mai/Juni d. J. Anträge auf Unterstützung bei dem Wohlfahrtsamt oder den hierzu geschaffenen Aufnahmestellen (Schulen) gestellt haben. Diese Personen erhalten die Beihilfe auf Grund der bereits vorhandenen Bescheinigungen bei Vorliegen der Bescheinigungen.

8. Die bewilligten Beträge werden den Empfängern ausbezahlt.

9. Im Interesse der Rentner liegt es, die oben angegebenen Stellen in Anspruch zu nehmen. In besonderen Bedingungsfällen können Anträge nach Ablauf der oben angegebenen Tage auf dem Wohlfahrtsamt, Wiedenkaferne, Eingang Wallplatz, gestellt werden.

Danzig, den 21. Oktober 1922.
Städt. Wohlfahrtsamt.

Für Rentner, Witwen und Waisen: Knaben-Schule, Ostplatz.
Donnerstag, den 26. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe A-H.
Freitag, den 27. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe I-P.
Sonntag, den 28. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe Q-Z.
Montag, den 29. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, für alle Buchstaben.

Für Danziger Stadt nach Wahl der Antragsteller: Petri-Schule, Ostplatz oder Wiedenkaferne, Eingang Wallplatz, Bismarck.
Donnerstag, den 26. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe A-H.
Freitag, den 27. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe I-P.
Sonntag, den 28. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe Q-Z.
Montag, den 29. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, für alle Buchstaben.

Für Rentner, Witwen und Waisen: Knaben-Schule, Ostplatz.
Donnerstag, den 26. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe A-H.
Freitag, den 27. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe I-P.
Sonntag, den 28. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe Q-Z.
Montag, den 29. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, für alle Buchstaben.

Für Albrechts: In der Schule von St. Albrechts.
Donnerstag, den 26. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr.
Freitag, den 27. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr.
Sonntag, den 28. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr.

Bei Stellung des Antrages sind Steuerbescheide sowie Protokolle der Familienangehörigen vorzulegen.

Wenn die Antragsteller nicht im Besitze von Steuerbescheiden sind, so haben sie ihre Einkünfte nach Einkommensteuer durch Steuerbescheide nachzuweisen. Die im Einkommensteuerverfahren befindlichen Antragsteller haben außer dem Einkommensteuergesetz auch eine Bescheinigung des Arbeitgebers über die Höhe des Einkommens im September 1922 vorzulegen.

Somit im Haushalt mehrere Angehörige in Dienstverhältnissen stehen, ist für jeden von ihnen eine Bescheinigung des Arbeitgebers erforderlich.

Unfall-, Alters-, Witwen- und Waisenrentenempfänger und Kleinrentner, die bei ihren Verwandten oder beim Wohlfahrtsamt Anträge auf Verabfolgung von Winterbeihilfen für 1922/23 gestellt haben, brauchen keine Anträge auf Speisekartoffelversorgung zu stellen.

In besonderen Bedingungsfällen können nach Ablauf der oben angegebenen Tage noch nachträglich Anträge beim Wohlfahrtsamt, Wiedenkaferne, Eingang Wallplatz, gestellt werden.

Danzig, den 21. Oktober 1922.
Städt. Wohlfahrtsamt.

Für Rentner, Witwen und Waisen: Knaben-Schule, Ostplatz.
Donnerstag, den 26. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe A-H.
Freitag, den 27. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe I-P.
Sonntag, den 28. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe Q-Z.
Montag, den 29. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, für alle Buchstaben.

Für Danziger Stadt nach Wahl der Antragsteller: Petri-Schule, Ostplatz oder Wiedenkaferne, Eingang Wallplatz, Bismarck.
Donnerstag, den 26. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe A-H.
Freitag, den 27. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe I-P.
Sonntag, den 28. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe Q-Z.
Montag, den 29. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, für alle Buchstaben.

Für Rentner, Witwen und Waisen: Knaben-Schule, Ostplatz.
Donnerstag, den 26. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe A-H.
Freitag, den 27. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe I-P.
Sonntag, den 28. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe Q-Z.
Montag, den 29. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, für alle Buchstaben.

Für Albrechts: In der Schule von St. Albrechts.
Donnerstag, den 26. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr.
Freitag, den 27. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr.
Sonntag, den 28. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr.

Bei Stellung des Antrages sind Steuerbescheide sowie Protokolle der Familienangehörigen vorzulegen.

Wenn die Antragsteller nicht im Besitze von Steuerbescheiden sind, so haben sie ihre Einkünfte nach Einkommensteuer durch Steuerbescheide nachzuweisen. Die im Einkommensteuerverfahren befindlichen Antragsteller haben außer dem Einkommensteuergesetz auch eine Bescheinigung des Arbeitgebers über die Höhe des Einkommens im September 1922 vorzulegen.

Somit im Haushalt mehrere Angehörige in Dienstverhältnissen stehen, ist für jeden von ihnen eine Bescheinigung des Arbeitgebers erforderlich.

Unfall-, Alters-, Witwen- und Waisenrentenempfänger und Kleinrentner, die bei ihren Verwandten oder beim Wohlfahrtsamt Anträge auf Verabfolgung von Winterbeihilfen für 1922/23 gestellt haben, brauchen keine Anträge auf Speisekartoffelversorgung zu stellen.

In besonderen Bedingungsfällen können nach Ablauf der oben angegebenen Tage noch nachträglich Anträge beim Wohlfahrtsamt, Wiedenkaferne, Eingang Wallplatz, gestellt werden.

Danzig, den 21. Oktober 1922.
Städt. Wohlfahrtsamt.

Für Rentner, Witwen und Waisen: Knaben-Schule, Ostplatz.
Donnerstag, den 26. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe A-H.
Freitag, den 27. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe I-P.
Sonntag, den 28. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe Q-Z.
Montag, den 29. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, für alle Buchstaben.

Für Danziger Stadt nach Wahl der Antragsteller: Petri-Schule, Ostplatz oder Wiedenkaferne, Eingang Wallplatz, Bismarck.
Donnerstag, den 26. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe A-H.
Freitag, den 27. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe I-P.
Sonntag, den 28. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe Q-Z.
Montag, den 29. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, für alle Buchstaben.

Für Rentner, Witwen und Waisen: Knaben-Schule, Ostplatz.
Donnerstag, den 26. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe A-H.
Freitag, den 27. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe I-P.
Sonntag, den 28. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe Q-Z.
Montag, den 29. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, für alle Buchstaben.

Die Einkünfte des Predigers unserer Gemeinde, Herr
Wilhelm Sigmeyer
findet am Dienstag, den 24. d. Mts. nachmittags
nicht um 3 Uhr, sondern um 5 Uhr statt.
Die freie religiöse Gemeinde Danzig.

Stadttheater Danzig.
Direktion: Rudolf Sponner.
Heute, Montag, den 21. Oktober, abends 7 Uhr:
Donnerkarsen C 1.
Die Zauberflöte
Große Oper in zwei Aufzügen von W. A. Mozart.
In Szene gesetzt von Oberregisseur Julius Brischke.
Musikalische Leitung: Otto Selberg.
Inspektion: Otto Friedrich.
Personen wie bekannt. Ende gegen 10 Uhr.
Dienstag, den 22. Oktober, abends 7 Uhr: Donnerkarsen D 1. Der Sultan. Lustspiel.
Mittwoch, den 23. Oktober, abends 7 Uhr: Donnerkarsen E 1. Die lustige Witwe. Operette.
Donnerstag, den 24. Oktbr., abends 7 Uhr: Donnerkarsen A 2. Zum letzten Male: „Grazie!“ Musikdrama in 3 Akten.
Freitag, den 25. Oktober, abends 7 Uhr: Donnerkarsen B 2. Ein einziger: „Wenn der junge Wein blüht.“ Lustspiel in 3 Akten.
Sonntag, den 28. Oktober, abends 7 Uhr: Donnerkarsen C 2. Ermöglichte Schatzsuche. „Rabale und Stebe.“ Trauerspiel in 3 Akten.

Schützenhaus
Dienstag, den 24. Oktober, 7 1/2 Uhr: 1. volkstümliches Symphonie-Konzert der Philharmon. Gesellschaft. Stadttheaterorchester, Leitung: Primas. Programm: Beethoven Symph. 1, Reger, Mozart Variationen, Oboen-Ouverture, Populäre Preise 10, 20, 30 M., John & Rosenberg.

Kleine Anzeigen
In unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.

Wilhelm-Theater
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Gastspiel
Otto Reutter
der deutsche Meisterhumorist.
Captain Frohns fünf
dressierte Seelöwen
und das glänzende Programm!!
LIBELLE:
Abends bis 1 Uhr Bier-Kabarett
anschließend Wein-Kabarett.
Vorverkauf 10-1 Uhr Gehr. Freymann.

Sämtl. Drucksachen
In geschmackvoller Ausführung liefert in kürzester Zeit bei mäßigen Preisen
Buchdruckerei J. Gehl & Co.,
Danzig, Am Spandhaus 6. Telefon 3290

Die Hefte Nummer 1 bis 8
der Monatszeitschrift
Welt und Wissen
- sind erschienen. -
Preis pro Heft Mark 7,50.
Buchhandlung „Volkswacht“
Am Spandhaus 6 u. Paradiesgasse 32.

Erhalt' Dir Deine teuren Schuh.
Verwende nur **Urbis** dazu
Hersteller: **Urbis-Werke, Chemische Fabrik G. m. b. H.,**
Danzig, am Troyl. (7318)

Deutscher Transportarbeiter-Verband
Ortsverwaltung Danzig
Für unsere Verwaltungsstelle suchen wir sofort
einen weiteren
Angestellten.

Derfelbe muß Kenntnisse in der Gewerkschaftsbewegung besitzen und zur Erledigung der geschäftlichen Verbandsangelegenheiten befähigt sein. Auch soll der angestellte Kollege mit der Einklassierung der Beiträge beauftragt werden.
Handelsreisende Bewerbungen sind mit einem kurzen Lebenslauf und einer Arbeit über die Aufgaben eines Gewerkschafts-Angestellten bis zum 28. Oktober 1922 an den Unterzeichneten einzureichen.
Deutscher Transportarbeiter-Verband
Ortsverwaltung Danzig
J. Z. E. WERNER
Büro: Heroldplatz 1-2, 2. Trepp., Zimmer 78-80.

1 Waschkessel, 1 Bank-Bettgest., 1 Brautkleider
zu verkaufen. (t)
Roll, Schöngasse 28.

Badeofen
(Kohlenheizung) preisw. zu verkaufen. (t)
Peter Ott, Hagenhof, Gartenstraße 211.

Nähmaschine
(Rundschiffchen) zu verk. Angeb. unt. V. 975 an die Exp. der Volksstimme. (t)
Gut erh. schw. Gehrock. Anzug zu kaufen gesucht. Ang. u. 976 a. d. Exp. d. Volksstimme.

Pa. Schraubstock
fast neu, 4 leere Klemmhalter, 2 Kl. nebst Kasten zu verkaufen. (t)
Wiedergasse 7, 3 Tr.

Achtung!
Komme selbst und zahle die höchsten Preise (bis 30.000 Mark) für gebrauchte Nähmaschinen, eine Postkarte genügt. Angeb. unt. V. 975 an die Exp. der Volksstimme. (7571)
Holzschuppen oder Baracke
zu kaufen gesucht. Angeb. unt. E. 982 an d. Exp. der Volksstimme. (t)

Tüchtigen Jüngeren Arbeitsburschen
Heißt ein (7626)
Firma Walter Witzki, St. Ostgasse 38.

Suche für meinen Sohn eine Lehrstelle
in der Schneiderei. Offert unt. V. 977 an die Exp. der Volksstimme. (t)

Jüngere Kontoristin
auch Anfängerin, zum bald. Eintritt gesucht. Angeb. unt. E. 978 an die Exp. der Volksstimme. (t)

Tücht. Stenotypist
von Danziger Holzgroßhandlung gesucht. Angeb. unt. E. 980 an die Exp. der Volksstimme. (t)

Al. Hausgrundstück
mit Laden von Selbstkäufer zu kaufen gesucht. Angeb. unt. V. 980 an d. Exp. d. Volksstimme. (t)

Gut möbl. Zimmer
mit auch ohne Pension zu vermieten. (t)
Michelsau, Neubude, Siedlungsstraße 7, 2 Tr.

Junger Mann sucht einm. möbl. Zimmer
zum 1. 11. Offert. unter V. 976 an die Exp. d. Volksstimme. (t)

Neue (7524) Tanz-Schule
Sonntags-Kursus für Anfänger und Fortgeschrittene. Anmeld. Sonntag 5-6 Uhr gr. Saal Germania-Brosfabrik (Schützenf.)